

2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben

Für DIE LINKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre ist Leipzig im bundesweiten Vergleich weiterhin eine Armutshochburg, viele Menschen leben hier unter prekären Bedingungen. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft vertieft sich laut Leipzigs Sozialreport 2017. Damit untrennbar verknüpft sind Folgewirkungen wie beispielsweise die kontinuierlich steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung. Signifikant ist auch der direkte Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut mit dem deutlich geringen Anteil für gymnasiale Bildungsempfehlungen. Nach Instrumenten und Handlungskonzepten zur Gegensteuerung sucht man oft vergeblich, wobei wir wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch die vorherrschende neoliberale Bundes- und Landespolitik begrenzt sind. Gerade deshalb brauchen wir in Leipzig eine nachhaltige Sozialpolitik, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird und insbesondere freie Träger angemessen fördert.

2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht

Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipziger*innen richten und sie so in das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. In diesem umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht bloß als Reparaturbereich für prekäre Lebenslagen, Existenznöte oder soziale Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt, darf sich nicht abschotten und sollte an einer Stadt interessiert sein, die endlich das Stigma der sächsischen Armutshauptstadt ablegen kann.

DIE LINKE tritt vor allem für Menschen ein, die gegenwärtig am Rande unserer Gesellschaft leben müssen und deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum verbessert hat. Wesentlich dafür verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz IV-Regelungen, die dringend abgeschafft werden müssen, auch wenn das nur per Bundesgesetz geht. Viele der Betroffenen haben sich zurückgezogen. Wir möchten gerade diese Menschen ermutigen, trotz ihrer prekären Lage und der damit einhergehenden Belastung politisch aktiv zu werden, um den Druck für notwendige politische Veränderungen zu erhöhen.

Es ist unübersehbar: die Zahl der in Leipzig lebenden Migrant*innen wächst. Die Menschen kommen dabei aus den verschiedensten Ecken der Welt: Geflüchtete, Migrant*innen aus anderen EU-Staaten, Menschen aus kleineren Städten und Dörfern aus der Umgebung, Ost- und Westdeutsche aus anderen Bundesländern und sogar einige Dresdner*innen. Sie alle finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben. Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Migrant*innen sind in vielen Fällen stärker von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Ziel muss es sein, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller Menschen in der Stadt zu ermöglichen.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensschwache Haushalte

- einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Sozillastenausgleich zwischen den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt Leipzig, insbesondere gegenüber der Landeshauptstadt Dresden
- eine Anhebung der Grundfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie Träger im Sozialbereich, insbesondere zur tarifgerechten Entlohnung der Beschäftigten und zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors
- Sicherung und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes, u.a. dessen Ausweitung auf Menschen im Niedriglohnbereich
- die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für SGB-II-Betroffene sowie Beziehende von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- die Weiterentwicklung des Sozialreports zu einer Sozialberichterstattung mit konkreter Handlungs- und Zielperspektive für die Sozialpolitik
- Verbesserung der sozialen Integration der Geflüchteten in die Stadtgesellschaft durch mehr dezentrale Sozialarbeit
- eine interkulturelle und familienspezifische Öffnung der städtischen Behörden, Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch regelmäßige verpflichtende Fortbildungen der Mitarbeitenden sowie entsprechende Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung (Fremdsprachenkenntnisse usw.).

2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche

Leipzig muss seinem selbst gewählten Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein, noch offensiver Rechnung tragen. Sehr erfreulich ist, dass seit Jahren deutlich mehr Kinder geboren werden und junge Familien verstärkt ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen. Daraus erwachsen unserer Stadt jedoch vielfältige Herausforderungen, die in ihrer ganzen Vielfalt erkannt und bewältigt werden müssen. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der Einkommens- und Vermögenslage der Eltern eine gute Perspektive in unserer Heimatstadt zu geben. Das ist gegenwärtig aber leider für viele noch nicht gegeben; fast ein Viertel der Kinder sind unmittelbar von Armut betroffen. Für uns sind Kinder und Jugendliche sowohl Gegenwart als auch Zukunft der Stadtgesellschaft. Jedes Kind hat ein Recht, sich seinen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Interessen entsprechend zu entwickeln.

2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder

Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ist ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an Plätzen ein wichtiges Kriterium für eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Kitas leisten einen wesentlichen Beitrag zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Trotz großer Anstrengungen in der Stadt beim Kitaplatzausbau konnten die Versäumnisse der vergangenen Jahre bis jetzt nicht kompensiert werden. Es bleibt deshalb auch aufgrund der seit Jahren steigenden Geburtenzahlen vordringliche Aufgabe, weitere Plätze zu schaffen. Um die Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen zu können und gleiche Zugänge zu Bildung für alle Kinder zu gewähren, ist es zudem erforderlich, die personellen Rahmenbedingungen wesentlich zu verbessern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind bis zur Einschulung und die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz während des Grundschulbesuches
- die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern bei der Kitaplatzsuche, im Hinblick auf verschiedene pädagogische Konzepte und eine wohn- oder arbeitsortnahe Versorgung
- die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung für alle Kinder, bei Kostenausgleich durch den Freistaat Sachsen
- die Förderung aller Kinder und Jugendlichen, zum Beispiel durch die Ermöglichung kostenfreier, gesunder Mittagessenversorgung
- den weiteren gezielten Abbau des Investitionsstaus in zahlreichen Einrichtungen unter Nutzung von Förderprogrammen
- den Bau und den Betrieb neuer Einrichtungen zum überwiegenden Teil in kommunaler Trägerschaft, um mittel- und langfristig den Haushalt der Stadt weniger zu belasten
- die weitere Verbesserung der Kita-Platzvergabe über das Elternportal – die Vergabe muss transparent, gerecht und nachvollziehbar erfolgen
- die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu integrieren
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung durch kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten für alle Erzieher*innen
- den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren, die durch bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk auf Familienbildung, Arbeit im Sozialraum und Integration legen können
- die Erweiterung von Kita-Sozialarbeit als präventives Angebot
- die Förderung von Elterninitiativen, die eine Kita gründen wollen und kleinen Kita-Trägern mit spezifischen pädagogischen Konzepten
- die Schaffung weiterer inklusiver Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention
- angemessene, verlässliche und gleiche Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal in kommunaler und freier Trägerschaft entsprechend der gesetzlichen Regelungen
- eine bedarfsgerechte und attraktivere Ausbildung der Erzieher*innen.

2.2.2. Für gute Schule und Bildung

Längeres gemeinsames Lernen anstatt frühzeitiger Vorbestimmung des einzuschlagenden Bildungsweges bleibt die zentrale Bildungsbotschaft der LINKEN. Das gegliederte Schulwesen ist Ursache vieler bildungspolitischer Probleme wie Lehrer*innenmangel, zu wenig Zeit und Möglichkeiten für die Förderung von Schüler*innen, Erschweren der Bildungsübergänge und die in der Praxis nicht gewährleistete Durchlässigkeit der Schularten untereinander.

Im Bildungsbereich schlagen sich die Probleme der wachsenden Stadt besonders nieder. Zuzüge aus dem Umland und der gesamten Bundesrepublik, anhaltend starke Geburtenzahlen, eine höhere Zahl an Schüler*innen mit Migrationshintergrund führen zu

höheren Jahrgangsstärken in Leipzigs Schulen. Unsere Stadt steht daher vor großen Herausforderungen im Schulbau, in der Sanierung und in der Werterhaltung der Schulen, Schulsporthallen und Freiflächen der Schulen. Bei der Lösung dieser Aufgaben bleiben Schüler*innen- und Elternräte für uns auch weiterhin wichtige Partner*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Ausbau des kommunalen Schulnetzes, um die wohnortnahe Beschulung in allen Schularten zu ermöglichen
- kleine Grundschulbezirke mit höchstens zwei Grundschulen
- die Unterstützung der Aktivitäten des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft an Oberschulen, die auf die berufliche Bildung orientieren und eine verstärkte Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien
- eine ausreichende und bedarfsgerechte Anzahl von Berufsschulplätzen
- die schrittweise Umgestaltung der Schullandschaft hin zu einer Struktur, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht
- die Unterstützung von unterschiedlichen Schulmodellen, in denen das längere gemeinsame Lernen verwirklicht wird
- die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schüler*innen, um Inklusion (Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf), Integration und Wiederholungen zu sichern
- eine stärkere Förderung nachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Lernens mit Kindern und Jugendlichen aus geflüchteten Familien
- die gerechte Entlohnung von Lehrenden aller Schularten; keine Unterschiede von angestellten und verbeamteten Lehrkräften
- die qualitative und quantitative Erweiterung der Ganztagsangebote (GTA) in allen Schularten und deren auskömmliche Finanzierung und personelle Absicherung
- mindestens eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter an jeder Grund-, Förder-, Ober- und Berufsschule der Stadt und die Etablierung von Schulsozialarbeit auch an Gymnasien
- die bedarfsgerechte Beschäftigung und Erhöhung der Zahl der Schulpsychologen
- den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken, Leseräumen und Lernwerkstätten sowie Gewährleistung der personellen Ausstattung
- die konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit
- den erforderlichen Netzausbau an Schulen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft und die Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten
- verkehrssichere Schulwege in allen Stadtbezirken und Ortsteilen; dazu sind die finanziellen Mittel für Ampeln, Fußgängerüberwege, sichere Fuß- und Radwege, Radabstellplätze, Fahrdienste (für Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf) erheblich zu erhöhen
- die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die eine Kooperation von Grundschule und Hort noch weiter verbessern
- preisstabile SchülerMobilCards und die Aufforderung an den Freistaat, ein kostenloses Bildungsticket einzuführen
- die Ermöglichung einer gesunden, kostenfreien Mittagessenversorgung für Kinder und Jugendliche – mindestens für diejenigen, die den Leipzig-Pass haben –, finanziert durch den Freistaat Sachsen und möglichst auf der Basis einer regionalen Versorgung

- die Vereinfachung der Einreichungen und Abrechnungen von Klassenfahrten, Schulfahrten, Schulausflügen und weiteren schulischen Aktivitäten
- für eine bessere Versorgung der Schulen mit Schulsachbearbeiter*innen sowie Hausmeister*innen.

2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen

Mit der wachsenden Stadt, der zunehmenden sozialen Unterschiede und der fortschreitenden Veränderung von Arbeitswelten und Lebensweisen wachsen auch die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe. Prekäre Lebensverhältnisse und verfestigte Armutslagen eines beträchtlichen Teils der Leipziger Stadtgesellschaft gehen zulasten von Familien, Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus sind vor allem Alleinerziehende von Armut betroffen.

Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen erfordert die quantitative, aber auch qualitative Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten, die Teilhabe und Integration ermöglichen. Im Zentrum stadtpolitischer Bemühungen muss die gleichberechtigte und umfassende soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stehen. Dies muss durch eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Akteur*innen gewährleistet werden. Die Selbstorganisation von jungen Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen Freiräume müssen erhalten und geschaffen werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Kindern
- ein Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe bei kinder-, jugend- und familienrelevanten Problemstellungen, unter Berücksichtigung der Besonderheiten in den Ortsteilen, das der wachsenden Zahl von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie sich verändernder Probleme und Bedarfe Rechnung trägt und entbürokratisiert werden sollte
- eine bedarfsgerechte Ausstattung der Angebote der verschiedenen Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe entsprechend der vom Jugendhilfeausschuss verabschiedeten Fachstandards
- die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe
- neue Formen aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Entscheidungen
- die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
- die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die für herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert sind
- eine interkulturell, demokratiefördernd und geschlechtersensibel ausgerichtete Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und weitere Formen von Diskriminierung wendet
- die Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur unter anderem durch den Erhalt von Freiräumen

- die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommune, insbesondere der Jugendpauschale
- die jährliche Steigerung des städtischen Jugendhilfeeinsatzes zur Sicherung der Kontinuität und des steigenden Bedarfs an der Kinder- und Jugendarbeit
- die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle
- bedarfsgerechte Angebote von Hilfen zur Erziehung mit dem Fokus auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Befähigung der Eltern
- den Ausbau von Erziehungs- und Familienberatungsstellen und weiteren Familienbildungsangeboten
- die Förderung einer familienspezifischen, bedarfsgerechten Familienberatung, welche den besonderen Lebenslagen von Alleinerziehenden-, Patchwork- und Regenbogenfamilien gerecht wird
- die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur stationären Unterbringung in Hilfe-zur-Erziehung-Maßnahmen sowie die engagierte Beratung und Begleitung durch den Pflegekinderdienst.

2.3. In Leipzig studieren und forschen

Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertealte Traditionen. Die entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte, Nordost, Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Die Gebäude, insbesondere die Neubauten, sind wesentlicher Bestandteil des Stadtbildes. Darüber hinaus prägt die stark von Drittmitteln abhängige Wissenschafts- und Forschungslandschaft die offene geistige Atmosphäre unserer Stadt wesentlich mit. Die knapp 40.000 Studierenden – davon fast 5.000 aus dem Ausland – tragen erheblich zum Wachstum, zur Verjüngung und zur steigenden Internationalität von Leipzig bei. Für viele Studierende ist Leipzig eine Station in ihrem Leben; zugleich ist die Stadt für viele junge Absolventen zwar Wohnort, aber nicht zwingend auch Arbeitsort.

Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist zu stärken. Dazu gehört neben einer klugen kommunalen Raumpolitik die Verbesserung der Rahmenbedingungen sowohl der Studierenden als auch der Lehrenden, u. a. durch ausreichend Kitaplätze, bessere Radwege und preiswerten Wohnraum. Eine gesicherte Finanzierung des Studierendenwerkes seitens des Freistaates Sachsen ist eine notwendige Bedingung, um dessen Leistungen wie Wohnheimplätze, Sozialberatung und Mensen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu erweitern. Eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschuleinrichtungen unabhängig von der Drittmittelförderung stärkt die Unabhängigkeit der Wissenschaftsentwicklung und kann viele Beschäftigungsverhältnisse aus den Abhängigkeiten der Befristung lösen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Akteur*innen der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Universität Leipzig und deren Forschungsprofil
- mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen Unternehmen mit Universität und Hochschulen

- die weitere Ausprägung eines mitteldeutschen Bildungsraumes in Richtung der Universitäten Halle und Jena
- die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Menschen in Leipzig (z. B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
- die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich der Zugänge für Jugendliche aus bildungsarmen Haushalten
- den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen Stadtteilen, insbesondere der Studentenwohnheime
- eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den Hochschulstandorten und flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im Hochschulbereich sowie eine günstige Kostenstruktur für Studierentickets bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und im Mitteldeutschen Verkehrsverbund
- ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der Universität Leipzig und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK)
- die Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer für Studierende.

2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter

Selbstbestimmtes Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht und ein Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen wie der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes, entsprechenden Verkehrslösungen und tragfähigen Bedingungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege. Zu einer lebenswerten Stadt gehört aber auch, dass sich alle Generationen begegnen, sich unterstützen und voneinander lernen können.

In den letzten Jahren hat sich Leipzig zwar erfreulicherweise verjüngt, aber immerhin ein Drittel der Bevölkerung befindet sich inzwischen im Seniorenalter (55+). In Leipzig nimmt leider die Altersarmut zu und zukünftig werden deutlich mehr Personen im Rentenalter armutsgefährdet sein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen Bereichen des städtischen Lebens
- die zeitnahe Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für senior*innengerechte Quartiersentwicklung und dessen Umsetzung
- den Bau von wesentlich mehr altengerechten Wohnungen und den Umbau bestehender Wohnungen sowie die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen Konzept (Fortschreibung 2015)
- ein Tarifsysteem im ÖPNV, das für Senior*innen bezahlbar ist
- einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- eine Stadt der kurzen Wege (Ärzt*innen, Einkaufsmöglichkeiten usw. in der Nähe)
- die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus

- die verstärkte und flächendeckende Förderung von generationsübergreifenden Projekten
- eine zentrale Pflegekoordinationsstelle der Stadt Leipzig die per Telefon, im Internet und mit stadtteilspezifischen Broschüren ältere Menschen über stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen informiert und Platzkapazitäten auflistet, sowie über barrierefreie Kultur- und Freizeitmöglichkeiten informiert und entsprechend vermittelt.

2.5. Gleichstellung aller Geschlechter

Die LINKE kämpft für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen – egal welchen Geschlechts – und eine tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Daher fördern wir die breite Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans-, intergeschlechtlichen Menschen und Queers (LSBTIQ*). Die Anerkennung, Akzeptanz und Unterstützung vielfältiger Formen des familiären Zusammenlebens und sozialen Miteinanders und der Kampf für Rechte aller Betroffenen sind für uns selbstverständlich. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und muss in allen Bereichen kommunaler Entscheidungen mitgedacht werden.

Leipzig ist ein Spiegelbild der gesamtdeutschen Realität. Nach wie vor finden wir soziale Benachteiligung von FTI*s (Frauen*, Trans- und Intersexuelle) und einen hohen weiblichen Anteil unter den geringfügig Beschäftigten. Das Lohngefälle zwischen Männern und FTI* ist unverändert signifikant und beträgt derzeit 21 Prozent (bundesweit). Daraus folgt die große Gefahr der Altersarmut. FTI* sitzen darüber hinaus weniger in den Chefetagen, auch bei der LVV ist das so. Familiäre und außerfamiliäre Fürsorge wird immer noch größtenteils von FTI* geschultert, oft unentgeltlich oder schlecht entlohnt. Auch Hausarbeit ist weiterhin oft ungleich verteilt. FTI* werden Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt. In Leipzig registrierte die Polizei 2017 insgesamt 2.771 solcher Fälle und 279 Fälle von Stalking.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine geschlechtersensible Folgenabschätzung bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen (Umsetzung des Gender-Mainstreaming)
- eine geschlechts- und familienspezifische Datenerhebung und Sozialberichterstattung
- die Stärkung des Gleichstellungsreferats sowie die rechtzeitige Einbeziehung des Gleichstellungsreferats und des Gleichstellungsbeirats bei kommunalen Entscheidungen
- die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Förderplänen für Frauen*, Trans- und Interpersonen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, städtischen Betrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung
- die Einführung einer Quote für die paritätische Besetzung von Leitungsfunktionen in der Stadtverwaltung und in kommunalen Unternehmen
- die paritätische Besetzung bei der Auswahl der Referent*innen für sämtliche kommunalen und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- den Erhalt und die finanzielle Absicherung bestehender Betroffenen- und Kinderschutzhäuser (drei Frauen*- und Kinderschutzhäuser sowie eine Männerschutzwohnung)
- die Stärkung des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking; Runder Tisch gegen Gewalt an Frauen*

- den weiteren Ausbau von spezialisierten Frauen*beratungsstellen
- die finanzielle und personelle Sicherung der Gewaltopferambulanz am Institut für Rechtsmedizin des Uniklinikums Leipzig
- die verpflichtende Fortbildung zum Thema Gewaltschutz im Jugendamt und Sozialamt
- eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2020
- die aktive Unterstützung und Förderung von erwerbslosen und geringfügig-beschäftigten Alleinerziehenden beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit mit existenzsicherndem Familieneinkommen
- die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich- und mehrgeschlechtlicher sexueller Orientierung und den gesicherten Erhalt von Schwulen- und Lesbenzentren sowie Beratungsstellen für LSBTIQ* (z.B. RosaLinde Leipzig e.V.)
- die Stärkung der Position der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweise
- weitere Maßnahmen gegen sexistische Werbung
- mehr Maßnahmen zur Unterstützung migrantischer Betroffenen (z. B. durch Sprachmittler*innen)
- eine Erinnerungskultur zur Sichtbarmachung der Geschichte von Lesben, Schwulen, Queers, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen
- die Unterstützung des Arbeitskreises Sexarbeit
- eine Begegnungsstätte, um die Zusage der Stadt nach dem Abriss des Henriette-Goldschmidt-Hauses einzulösen
- die Ablehnung aller Kürzungen im Bereich von Projekten und Vereinen, die für Gleichstellung kämpfen.

2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern

Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung bilden ein Querschnittsthema, welches viele Lebensbereiche betrifft. Barrierefreiheit hilft uns allen: Nach einem Unfall, im hohen Alter, mit einem Kinderwagen oder älteren Menschen. Mehr als ein Zehntel der Leipziger*innen sind von Behinderungen und chronischen Krankheiten betroffen. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um diesen Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Mit dem nach langem Diskussionsprozess beschlossenen Teilhabeplan hat Leipzig Ende 2017 eine wichtige Voraussetzung für mehr Inklusion in unserer Stadt geschaffen. Auf dessen Grundlage bleibt aber noch viel zu tun, um Leipzig in allen Stadtteilen barrierefrei zu gestalten. Noch zu oft scheitern notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit oder an vermeintlichen Sparzwängen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die vollständige Umsetzung des Teilhabeplans der Stadt Leipzig 2017 bis 2024 „Auf dem Weg zur Inklusion!“
- die Stärkung des Behindertenbeirates
- den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale

- die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf möglichst vier Wochen
- mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben
- den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in Komplexkindertagesstätten
- mehr barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten
- die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen durch die Absenkung der Bordsteine
- die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen Hindernissen mit Signalfarben sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen Ampeln.

2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege

Leipzig verfügt über ein vergleichsweise hohes Niveau bei der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung. Nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den demografischen Wandel werden auch in diesem Bereich die Herausforderungen zunehmen. Schon heute ist ein Mangel an Ärzt*innen und qualifiziertem Pflegepersonal spürbar. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass alle Einwohner*innen, unabhängig von Alter und Einkommen, auch künftig medizinisch gut versorgt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere eine Stabilisierung des städtischen Klinikums St. Georg und des dort angebotenen Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- einen Zuschuss zum städtischen Klinikum St. Georg aus Haushaltsmitteln
- die Unterstützung bei der weiteren Einrichtung von MVZ, vor allem in unterversorgten Ortsteilen
- die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die empfohlenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention vor allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle Suchterkrankten
- den Umbau und die Modernisierung der Suchtberatungs- und Behandlungsstelle „Haus Alt-Schönefeld“
- den Abbau des Pflegekräftemangels und die bessere Bezahlung sowie mehr Ausbildung von Pflegekräften
- die finanzielle Stärkung der Aids-Hilfe
- die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen Gesundheitsdienste und Akteur*innen der Drogenhilfe
- die interkulturelle Öffnung und damit kultursensible Pflege, die besonderen Bedürfnissen von pflegebedürftigen Migrant*innen Rechnung trägt

- die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete, die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz beziehen und damit den Abbau von Barrieren beim Zugang zu Gesundheitsleistungen
- die Etablierung eines Modellprojektes zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Papiere und Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit Medinetz Leipzig e.V.

2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention

Leipzig nimmt mit seiner Kriminalitätslage im Freistaat Sachsen seit Jahren eine besondere Stellung ein. Das spiegelt sich in der Landespolitik und insbesondere bei der Personalverteilung der Polizei noch nicht adäquat wider. Wir wissen, dass die öffentliche und persönliche Sicherheit und der Schutz vor Kriminalität weiterhin im Fokus der Bevölkerung stehen, wobei es einen großen Unterschied zwischen dem individuellen Sicherheitsempfinden und der objektiven Sicherheitslage gibt. Mit der Verstärkung der Polizei und der Aufstockung des Stadtordnungsdienstes wurde darauf in den letzten Jahren reagiert.

Gleichwohl bedeutet linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Für uns heißt das nicht die Verschärfung des Polizeirechts oder mehr Repression wie z. B. Videoüberwachung oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern mehr soziale Teilhabe, um die Ursachen von Gewalt und Straftaten gesamtgesellschaftlich zu verringern. Ein autoritäres Sicherheitsdenken und die darauf beruhende Law-and-order-Politik lehnen wir ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo Menschen seelisch und körperlich bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine konsequente Beachtung der berechtigten Sicherheitsbedürfnisse aller Menschen
- den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann
- eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung, Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern
- mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und Kleingartenvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und technische Prävention
- mehr finanzielle Mittel und personelle Ausstattung für die zielgerichtete Vertiefung der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort (Bürger*innenvereine, Wagenplätze, Stadtteilcafés, Quartiersmanagement usw.)
- den Ausbau des Systems der ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberater*innen
- die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch eine gezielte Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- mehr Bürger*innenpolizei mit bürger*innenfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen

- die weitere personelle Stärkung des Stadtordnungsdienstes mit jährlich zehn Planstellen in den Jahren 2019/2020 und dessen verstärkter Einsatz in den Ortsteilen unter Gewährleistung des finanziellen Mehrbedarfs durch das Land
- die Aktualisierung der sucht- und drogenpolitischen Leitlinien der Stadt Leipzig aus dem Jahr 2013 entsprechend der gegenwärtigen Erfordernisse, insbesondere unter dem Aspekt der überdurchschnittlich hohen Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit Betäubungsmittelabhängigkeit
- die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen durch die Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes
- die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare Fahrradgaragen und -boxen
- eine kritische Bestandsaufnahme von privaten Videokameras im öffentlichen Raum, deren Veröffentlichung in einem „Überwachungstransparenz-Stadtplan“ und die Abschaffung von stationärer Videoüberwachung im öffentlichen Raum
- eine kritische Überprüfung der Waffenverbotszone im Leipziger Osten
- ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der Stadtreinigung für mehr Papierkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den Sammelsystemen, um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu verhindern
- die Entschärfung der Polizeiverordnung und Sondernutzungssatzung in Bezug auf Straßenmusiker*innen und bettelnde Menschen
- die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße Rettungsmittel.